

## **Offener Brief an den Magistrat der Stadt Hanau**

Wir, das Hanauer Sozialforum – Bündnis gegen Sozialabbau, wenden uns mit diesem offenen Brief an den Magistrat der Stadt Hanau und die Stadtverordnetenversammlung.

Das Hanauer Sozialforum - Bündnis gegen Sozialabbau ist besorgt über die Ausgliederungs- und Privatisierungspläne des Magistrats der Stadt Hanau. Wir kennen den Wortlaut der Vorlage an die Stadtverordnetenversammlung vom Dezember 2003 (Haushaltkonsolidierungskonzept 2004) und die Veröffentlichungen in der Lokalpresse seither. Der Leiter des "Strategischen Controlling", Martin Bieberle, hat sich in einem am 18. Mai im Hanauer Anzeiger veröffentlichten Interview auf einen Eigenbetrieb Kindertagesstätten, eine Grünflächen-GmbH und eine Einkaufsgesellschaft festgelegt. Er will diese Organisationsumstellung als Einstieg verstanden wissen. Wir teilen die Befürchtung der Gewerkschaft Verdi, dass es sich bei diesen drei Objekten um die Spitze eines Eisbergs handelt und am Ende der Umsetzung dieses Privatisierungswahns von den jetzt noch ca. 1300 Beschäftigten in der Stadtverwaltung nur noch etwa 200 in einem geschrumpften Kern übrig bleiben könnten, während alle anderen unter gemindertem Tarifrecht in privatrechtlichen Gesellschaften arbeiten würden.

Wir sind überzeugt, dass die politischen Entscheidungsträger diese Änderungen nicht zum Wohle der Bürgerinnen und Bürger von Hanau planen, sondern wegen der öffentlichen Finanzkrise, die auch unsere Stadt erfasst hat. Wir halten diese Krise nicht für unvermeidlich, sondern für ein Resultat politischer Entscheidungen, die durch die Steuerpolitik Unternehmen (z. B. Heraeus) und große Vermögen einseitig begünstigen. Wir halten es für falsch, den Druck der aus diesem Grunde gescheiterten Gemeindesteuerreform an die Bürgerinnen und Bürger der Stadt Hanau und die Beschäftigten der Stadtverwaltung weiterzugeben. Die Parteienmehrheit in der Stadt möchte die Kosten für öffentlichen Aufgaben und damit auch die Verantwortung für flächendeckende soziale Infrastruktur loswerden. Wir können das nicht hinnehmen und erklären uns mit denen solidarisch, die sich dagegen wehren wollen.

Erfahrungen sprechen dagegen, dass der Markt Aufgaben der sozialen Infrastruktur und der öffentlichen Daseinsvorsorge besser lösen könnte als der Öffentliche Dienst. Private Anbieter wollen nicht nur kostendeckende Gebühren erheben, sondern Gewinn machen - ihr eingesetztes Kapital muss sich verzinsen. Weder sinken dauerhaft die Preise und Gebühren, noch kann die flächendeckende und einkommenunabhängige Versorgung in privater Form aufrecht erhalten werden.

Wir fordern den Magistrat auf, in den kommunalen Spitzenverbänden, bei der Landes- und bei der Bundesregierung für eine Erhöhung der Unternehmenssteuern und eine drastische Anhebung des Anteils der Gemeinden am Steueraufkommen einzutreten. Dadurch werden kommunale Investitionen in soziale Infrastruktur und öffentliche Daseinsvorsorge gewährleistet. Wir fordern die Rücknahme des Haushaltkonsolidierungskonzepts 2004 und die Beendigung der eingeleiteten Prüfverfahren in den Bereichen Kindertagesstätten, Grünflächenamt und Einkauf.

Das Hanauer Sozialforum wird diese Privatisierungspolitik nicht hinnehmen und entschieden der Umsetzung entgegenreten. Wir werden die Pläne öffentlich machen und die Bevölkerung darüber informieren, dass diese in einen Angriff gegen die Beschäftigten im öffentlichen Dienst münden werden und dass zwangsläufig das Leistungsniveau sinkt und die Gebühren steigen.

Hanau, den 26.5.2004

Für das  
Hanauer Sozialforum – Bündnis gegen Sozialabbau: